

Der Staat soll es richten: Milliarden für die Banken – wir sollen verzichten?

Seit fünf Jahren verweigert der Berliner Senat den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst jeglichen Ausgleich für die immer stärker gestiegenen Lebenshaltungskosten. Dafür sei kein Geld vorhanden – ebenso wenig wie für zahlreiche soziale Projekte oder für Jugendeinrichtungen, die wegen fehlender Zuschüsse von oft nur ein paar tausend Euro vor dem Ende stehen. Dem Bankenrettungspaket von insgesamt 480 Milliarden Euro hat der Senat dagegen zugestimmt. Die Länder – somit auch Berlin – werden zu 35 Prozent an dessen Kosten beteiligt. Die Umverteilung von unten nach oben wird angesichts der Finanzmarktkrise weiter vorangetrieben und verschärft.

Habgierige Bankmanager oder die an der New Yorker Börse geltenden Finanzmarktregeln werden uns als verantwortlich für die Krise präsentiert. Von den Ursachen wird damit abgelenkt – die Wahrheit sieht anders aus: Jahrelang haben sich beispielsweise Vorstände und Aufsichtsräte der Landesbanken an den hoch riskanten internationalen Finanzspekulationen ebenso beteiligt, wie große Industriekonzerne oder die Manager privater Banken und Versicherungen. Und wer redet schon darüber, dass zwischen 1994 und 2004 insgesamt 200 Deutsche Städte öffentliches Eigentum über Cross Border Leasing Geschäfte verscherbelt haben. „Berlin zum Beispiel hat seine U-Bahn-Anlagen und Straßenbahnfahrzeuge über 99 Jahre verkauft und zurückgemietet, Köln seine Kanalisation, Gelsenkirchen zahlreiche Schulen.“ (Freitag, 16.10.2008)

Die Löhne sind gesunken, die Armut ist gewachsen:

Der Standort Deutschland – attraktiv für Finanzinvestoren

Die Armut – die Kluft zwischen arm und reich – ist in Deutschland in den letzten Jahren rasanter gestiegen als in 29 vergleichbaren Industrienationen, so die Schlussfolgerung des jüngsten OECD-Berichtes. Erfolgreich haben die Arbeitgeberverbände in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Regierungskoalitionen im letzten Jahrzehnt den Standort Deutschland attraktiv für Unternehmen und Investoren gemacht:

- durch die Schaffung eines breiten Niedriglohnssektors
- durch eine Absenkung des allgemeinen Lohnniveaus verbunden mit einer Verschärfung des Arbeitstempos und einer Verlängerung der Arbeitszeiten
- durch Steuererleichterungen für Unternehmen und Spitzenverdiener
- durch den Abbau sozialer Sicherungssysteme.

Zugleich wurden durch die Privatisierungen neue Möglichkeiten für private Anleger geschaffen. Ob beispielsweise die Pflege in Altenheimen oder die Versorgung von Patienten in Kliniken, alles wird den Interessen privater Träger oder Hedgefonds untergeordnet und angepasst. Und deren Renditeerwartungen liegen bei 15, besser noch 20 Prozent und mehr.

Wir wurden bereits in den letzten Jahren abkassiert – durch sinkende Löhne und

Nicht mit uns – die Profiteure sollen zahlen

**Protestkundgebung: Donnerstag, 30 Oktober um 17.00 Uhr
vor dem Finanzministerium, Leipziger-/Wilhelmstraße**

verschärfte Arbeitshetze, durch reduzierte Arbeitslosenunterstützung und fallende Renten - durch den Abbau der Sozialversicherungen und deren Leistungen. Milliarden, die uns genommen wurden, flossen in die internationalen Finanzmärkte.

Jetzt wo die Blase geplatzt ist, sollen wir erneut zur Kasse gebeten werden

Sinkende Absatzzahlen in der Automobilindustrie, ein Rückgang des Auftragsbestandes in anderen Industriebereichen sind Anzeichen dafür, dass die Krise auch die Realökonomie erfasst hat oder erfassen wird. Eine Rezension in den USA und Europa wird von allen Wirtschaftsinstituten mittlerweile für unausweichlich gehalten. Unternehmerverbände und Regierung wollen deren Kosten auf uns abwälzen. Dabei versuchen sie auch die Gewerkschaften dafür einzuspannen. Die sollen bei den laufenden Tarifauseinandersetzungen ihre Forderungen reduzieren oder die Verhandlungen auf das nächste Frühjahr verschieben, wie von Vertretern der Metallindustrie gefordert.

In den Vorstandsetagen der Gewerkschaften finden sie Gehör: „Im festgefahrenen Tarifkonflikt des privaten und öffentlichen Bankgewerbes gibt Verdi nach: Die Gewerkschaft bestehe nicht mehr ‚dogmatisch‘ auf der

Karl Marx zu den Renditeerwartungen des Kapitals

„Kapital, sagt der Quarterly Reviewer, flieht vor Tumult und Streit und ist ängstlicher Natur. Das ist sehr wahr, aber doch nicht die ganze Wahrheit. Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden, 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stapft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens. Wenn Tumult und Streit Profit bringen, wird es sie beide encouragieren (anfeuern/ermutigen). Beweis: Schmuggel und Sklavenhandel.“

Forderung nach acht Prozent mehr Lohn, sagte der Verhandlungsführer Uwe Foullong. Die Tarifkommission beschloss in Hannover, die für November geplanten Urabstimmungen und Streiks auszusetzen. ... Am Wochenende hatte die IG Metall ein Einlenken signalisiert: „Ich bin durchaus bereit, auf die wirtschaftlichen Unsicherheiten zu reagieren“, sagte der Vorsitzende



Berthold Huber. *Denkbar sei etwa ein Tarifvertrag mit einer Laufzeit von etwa 20 Monaten.*“ (Stuttgarter Zeitung, 18.10.2008)

Wenn wir verhindern wollen, dass der Abbau der letzten Jahre im Angesicht der heraufziehenden Krise verschärft fortgesetzt wird, dann müssen wir uns lautstark zu Wort melden.

Es gibt keinen Grund, auf berechnete Lohnforderungen zu verzichten. Sie sind sowieso nur ein teilweiser Ausgleich für die Opfer der letzten Jahre und die gestiegenen Lebenshaltungskosten.

Die ersten Opfer der angekündigten oder bereits laufenden Reduzierungen der Belegschaften sind die Leih- und Zeitarbeiter. Statt der weiteren Vernichtung von Arbeitsplätzen passiv zuzuschauen, sollten wir uns für eine Reduzierung der Arbeitszeiten und eine Minderung der Arbeitshetze einsetzen. Die vorhandene Arbeit sollte auf mehrere Schultern verteilt werden, damit Neueinstellungen möglich und Entlassungen verhindert werden können. Wenn wir nicht selbst die Initiative ergreifen, besteht die Gefahr, dass die Unternehmerverbände die Gewerkschaften als Krisenmanager vor ihren Karren spannen.

Wir beteiligen uns an der Kundgebung von attac am:

Donnerstag, 30. Oktober um 17.00 Uhr vor dem Finanzministerium, Leipziger- Ecke Wilhelmstraße

Dort wollen wir als betriebliche und gewerkschaftliche Aktivisten sichtbar sein.

Forum Betrieb, Gewerkschaft und soziale Bewegungen

Wir sind ein loser Zusammenschluss von Beschäftigten, Erwerbslosen und sozial engagierten Menschen, die Interessenvertretung nicht allein den Funktionären und Apparaten überlassen wollen. Wir treffen uns jeden letzten Dienstag im Monat um 19 Uhr in der MedienGalerie in der Dudenstraße 10 (Nähe Platz der Luftbrücke). Wer die aktuellen Einladungen oder Informationen weitgeleitet haben will, der maile an:

forumberlin@web.de

Tucholsky zur aktuellen Finanzkrise, geschrieben vor 78 Jahren

Wenn die Börsenkurse fallen, regt sich Kummer fast bei allen, aber manche blühen auf: Ihr Rezept heißt Leerverkauf.

Keck verhöhren diese Knaben Dinge, die sie gar nicht haben, treten selbst den Absturz los, den sie brauchen – echt famos!

Leichter noch bei solchen Taten tun sie sich mit Derivaten: Wenn Papier den Wert frisiert, wird die Wirkung potenziert.

Wenn in Folge Banken krachen, haben Sparer nichts zu lachen, und die Hypothek aufs Haus heißt, Bewohner müssen raus.

Trifft's hingegen große Banken, kommt die ganze Welt ins Wanken – auch die Spekulantenbrut zittert jetzt um Hab und Gut!

Soll man das System gefährden? Da muss eingeschritten werden: Der Gewinn, der bleibt privat, die Verluste kauft der Staat.

Dazu braucht der Staat Kredite, und das bringt erneut Profite, hat man doch in jenem Land die Regierung in der Hand.

Für die Zechen dieser Frechen hat der Kleine Mann zu blechen und – das ist das Feine ja – nicht nur in Amerika!

Und wenn Kurse wieder steigen, fängt von vorne an der Reigen – ist halt Umverteilung pur, stets in eine Richtung nur.

Aber sollten sich die Massen das mal nimmer bieten lassen, ist der Ausweg längst bedacht: Dann wird bisschen Krieg gemacht.

Kurt Tucholsky, 1930, veröffentlicht in „Die Weltbühne“

Die Bahn vor den Spekulanten an den Börsen schützen

Nachdem die Finanzwelt in die Krise taumelte, bevor die Deutsche Bahn ihr nächstes Opfer wurde, steht nun nicht nur die Frage, wie viel wir für die Misere zahlen sollen, sondern wie viele Opfer wir den hungrigen Spekulanten an Börsen der Welt noch zum Fraß vorwerfen. Es war keine Einsicht der verantwortlichen Manager und Politiker, der den Ausverkauf der Bahn und den Verlust von Arbeitsplätzen gestoppt hat, sondern lediglich der allgemeine Absturz der Börsenkurse. Die Privatisierungspläne wurden nur verschoben, nicht aufgehoben. Bereits im Juni hatte der Personalausschuss des Bahn-Aufsichtsrates für einen erfolgreichen Bör-

sengang klammheimlich Bonuszahlungen in Millionenhöhe für den Vorstand und die obersten Führungsetagen beschlossen.

Welche Folgen der Börsengang nach sich zieht, das spüren die Reisenden zur Zeit. Das Chaos im Fernverkehr ist dem Kosten- und Spardruck durch den DB-Vorstand geschuldet. Dadurch sollen die Gewinne und damit der Börsenwert der DB AG nach oben getrieben werden.

Wir wollen den Börsengang der Bahn endgültig zu Fall bringen. Damit zukünftig die Reisenden wieder die Gewinner bei der Bahn sind und die DB-Beschäftigten eine Perspektive haben.

Auch in der Krise können und müssen wir uns wehren

Streik bei Boeing in den USA

... 44 Tage und 17 Stunden zählt die digitale Streikuhr im Internet. Direkt darunter läuft eine zweite Uhr. Sie zeigt die Kosten, die der Arbeitskampf bei Boeing verursacht. In diesem Moment sind es 4,473 345 336 Mrd. \$. ... Ginge es nur ums Geld, hätte man sich längst geeinigt. Doch es geht um mehr: Es geht um die Zukunft der Flugzeugindustrie in Amerika: 70 Prozent der Arbeiten hat Boeing an Zulieferer im Ausland vergeben, weitere Verlagerungen sollen folgen. „Die Zeit steht nicht still“, argumentiert Doug Kight, der für Boeing die Verhandlungen führt. „Wir können hier keine Jobs garantieren.“

Diese Garantien aber fordert Wroblewski [Bezirksführer der Gewerkschaft IAM in Seattle]. „Wir wollen, dass unsere Mitglieder wieder Flugzeuge bauen“, sagt er. „Aber wir können das nicht tun, wenn Tausende unserer Jobs verkauft werden.“ Also stehen beim größten Exportunternehmen der USA weiter alle Räder still. ... Diesen Streik ausgerechnet jetzt zu führen, da die Finanzkrise die gesamte Wirtschaft in ihren Strudel reißt, ist eine Kriegserklärung. ... (aus Financial Times Deutschland)

Generalstreik in Griechenland

... Hunderttausende Griechen haben am Dienstag (21.10.2008) mit einem Generalstreik gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik der konservativen Regierung sowie geplante Privatisierungen protestiert. ... Die Gewerkschaftsverbände hatten zu dem Ausstand aufgerufen. „Das Land ist faktisch zu einem Stillstand gelangt“, sagte Gewerkschaftssprecher Efstathios Anestis.

... Der 24stündige Streik richtete sich besonders gegen das im März verabschiedete Gesetz zur so genannten Reform der Altersversorgung. Die Gewerkschaften protestieren außerdem gegen die geplante Privatisierung der Fluggesellschaft Olympic Airlines

... Demonstranten forderten auf Transparenten eine Verdoppelung des gesetzlichen Mindestlohns von monatlich 701 auf 1400 Euro. Einige wandten sich auch gegen den so genannten Rettungsplan der Regierung für die von der Finanzkrise betroffenen Banken mit einem Umfang von 28 Milliarden Euro. „Keinen Euro zur Unterstützung der Kapitalisten!“ hieß es auf einem Transparent. ...

(Junge Welt, 22.10.2008)